

# Weitere Klage gegen Kalibergwerk

Schifffahrtsverwaltung  
zieht vor Gericht

**Giesen.** Gegen die Genehmigung zur Wiederinbetriebnahme des Giesener Kalibergwerks gibt es einen weiteren Kläger. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes hat laut einem NDR-Bericht Klage gegen den sogenannten Planfeststellungsbeschluss beim Verwaltungsgericht Hannover eingereicht.

Aus welchem Grund sich die Behörde zu dem Schritt entschieden hat, ist noch unklar. Erstmal sei mit der Klage nur eine Frist eingehalten worden, berichtet der NDR unter Berufung auf einen Gerichtssprecher. Nun muss das Gericht den Angaben zufolge fehlende Unterlagen anfordern und prüfen. Erst danach entscheidet sich, ob sich der mögliche Neustart des Kaliwerks durch die Klage verzögert. Die Pläne von K+S sehen vor, den Kalidünger am Harsumer Stichkanal-Hafen umzuschlagen. Weder die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung noch das Verwaltungsgericht waren gestern Nachmittag auf Anfrage für eine Stellungnahme zu erreichen.

Es ist nicht die erste Klage gegen das Großprojekt. Auch die Gemeinde Giesen hat bereits angekündigt, gegen den Planfeststellungsbeschluss zu klagen. Die Gemeinde sieht kritisch, dass rund ein Viertel der Giesener Produkte mit dem Lastwagen transportiert werden sollen – durch die Giesener Ortsdurchfahrt. Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) prüft eine Klage gegen die Genehmigung zur Wiederinbetriebnahme. *skn*